

1 **Der Unterbezirksparteitag der SPD Bremen-Stadt möge beschließen:**

2 **Initiativantrag an den Bundesparteitag**

3 **SPD ERNEUERN**

4 Die SPD hat bei der Bundestagswahl das schlechteste Ergebnis seit Bestehen der Bundesrepublik erzielt.

6 Die SPD befindet sich in einer schweren Krise. Erforderlich ist jetzt eine intensive Diskussion über die inhaltliche, strategische, personelle und organisatorische Erneuerung der Partei. Wir brauchen einen radikalen Erneuerungsprozess. Klar ist für uns hierbei, dass alle Kräfte und dabei vor allem auch die Fraktion und die Partei gemeinsam an dieser Erneuerung arbeiten müssen.

12 Zudem muss die SPD ihre Rolle als Oppositionspartei finden. Wir werden uns als Oppositionspartei neben den Grünen und der Linken profilieren müssen. Dies wird ein schwieriger Weg.

15

16 **Inhaltliche Erneuerung**

17 Die SPD hat ein Glaubwürdigkeitsproblem. Die Bürgerinnen und Bürger haben uns trotz eines engagierten Wahlkampfes die richtigen Inhalte des Regierungsprogramms nicht abgenommen.

20 Einer der Hauptgründe des dramatisch schlechten Wahlergebnisses ist die Politik der Agenda 2010: Fast zwei Drittel der angestammten SPD-Wählerinnen und Wähler sagen, die SPD habe mit Hartz IV und der Rente mit 67 ihre Prinzipien aufgegeben. Mit Hartz IV etwa hat die SPD nicht nur die Erwerbslosen verprellt, sondern auch große Teile der Arbeiter- und Facharbeiterschaft, denen die Möglichkeit sozialen Abstiegs dadurch drastisch vor Augen geführt wurde. Die SPD hat so ihre Stellung als Partei der Hoffnung auf Aufstieg freiwillig aufgegeben. Das haben uns unsere Wählerinnen und Wähler nicht verziehen. Dass die Frage nach der künftigen Regierungsperspektive die SPD-Wählerschaft zutiefst spaltete, verschärfte die Situation noch. Viele dieser Wähler gingen entweder nicht zur Wahl oder wanderten ab. Das ergaben zumindest die Wahlanalysen der Umfrageinstitute.

31 Die SPD muss zurück zu einer Politik der sozialen Gerechtigkeit finden. In der Regierung haben wir häufig eine andere Politik verfolgt, als wir nun im Regierungsprogramm versprochen hatten. Wer sich im Programm für „Gute Arbeit“ einsetzt und mit der Politik der Agenda 2010 bewusst eine dramatische Ausweitung des Niedriglohnsektors befördert hat, der hat ein Glaubwürdigkeitsproblem. Das gilt auch für andere Entscheidungen: Im Wahlkampf 2005 haben wir uns gegen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer eingesetzt, zwei Monate später haben wir sie sogar deutlicher erhöht als vorher von der Union gefordert. In programmatischen Reden steht die SPD für eine öffentliche Daseinsvorsorge, im Regierungshandeln haben wir uns für die Privatisierung der Bahn eingesetzt. In der Finanzkrise fordern wir

1 eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte, in der rot-grünen Bundesregierung
2 wurden bestehende Regulierungen drastisch gelockert. Hinzu kamen weitere Fehl-
3 entscheidungen in der Innenpolitik: Das Erstarken der Piratenpartei bei den Jung-
4 wählerInnen ist nicht zuletzt auf die Entscheidung für unsinnige Netzsperrn und die
5 Ausweitung von Online-Durchsuchungen zurückzuführen. Spätestens seitdem ist die
6 SPD auch im Bereich der BürgerInnenrechte nicht mehr der Garant für Freiheit.

7 Die Menschen glaubten uns die im Wahlkampf versprochene Neuausrichtung viel-
8 fach nicht, was auch an der fehlenden Abgrenzung gegenüber früheren Fehlent-
9 scheidungen lag: Es funktioniert eben nicht, einerseits im SPD-
10 Regierungsprogramm eine sozial gerechtere Politik einzufordern, und andererseits
11 die bisherige SPD-Regierungspolitik zu verteidigen. Die Oppositionsrolle ist nur
12 glaubwürdig, wenn wir unser Regierungshandeln ehrlich, offen und konstruktiv auf-
13 arbeiten. Ein einfaches "weiter so" kann es nicht geben. Genauso wenig würde uns
14 eine von jetzt auf gleich erfolgende Totalabkehr von allen bisherigen Positionen ab-
15 genommen werden. Wir brauchen eine programmatische Erneuerung, die Ergebnis
16 eines längeren Diskussionsprozesses ist und über kurzfristige taktische Schwenker
17 hinausgeht.

18 **Strategische Erneuerung**

19 Die scharfe Abgrenzung von und das Ausschließen einer Zusammenarbeit mit der
20 Linkspartei hat die SPD in eine strategische Sackgasse manövriert. Die SPD ist da-
21 durch bei der Koalitionsbildung immer von Union (schwarz-rot) oder FDP (rot-gelb-
22 grün) abhängig. Beide Koalitionsoptionen sind in der Bevölkerung und insbesondere
23 bei SPD-Anhängerinnen und Anhängern unbeliebt.

24 Ein SPD-Kanzlerkandidat, der nicht Kanzler werden kann, weil er von vorneherein
25 die einzig realistische Koalition ausschließt, überzeugt die Menschen nicht. Das ist
26 zumindest ein strategisches Dilemma. Natürlich ist ein Zusammengehen mit der
27 Linkspartei auf der Bundesebene nicht ohne weiteres möglich. Die SPD muss nun
28 aber einen Diskurs gemeinsam mit der Partei "Die Linke" einleiten, um Möglichkei-
29 ten für eine perspektivische Zusammenarbeit auszuloten. Dazu gehört ebenso, den
30 Ländern, in denen aufgrund der Mehrheitsverhältnisse und der programmatischen
31 Nähe die Möglichkeit für Koalitionen links von Union und FDP möglich sind, keine
32 Steine in den Weg zu legen.

33 Teile der SPD haben sich in den letzten Jahren von ihren potenziellen Wählerinnen
34 und Wählern entfremdet. Sozialdemokratische Oppositionspolitik muss in den
35 nächsten vier Jahren zum Ziel haben, auch in wahlkampffreien Zeiten kontinuierlich
36 den Weg zurück zu den Menschen vor Ort zu finden, um so verlorengegangenes
37 Vertrauen zurückzugewinnen. Ein klares Ziel muss für die SPD sein den engen
38 Schulterschluss mit den Gewerkschaften zu üben. Denn nur durch das Gewinnen
39 von Bündnis- und Dialogpartnern in der Zivilgesellschaft kann die SPD ihr linkes
40 Profil schärfen und sich so in der Bevölkerung wieder als vertrauenswürdige Kraft
41 der sozialen Gerechtigkeit etablieren. Dies bedeutet den Abschied von einem Mar-
42 keting der Politikinhalte und leeren Phrasen wie „Unser Land kann mehr“ hin zu
43 einer an Vertrauen orientierten Politik. Nicht nur Wahlkampf, sondern langfristige
44 Vertrauensarbeit in und mit der Zivilgesellschaft gibt der SPD eine langfristige Per-
45 spektive!

1 **Personelle Erneuerung**

2 Der SPD fehlt Glaubwürdigkeit. Dies hat inhaltliche, aber auch personelle Ursachen.
3 Trotz eines insgesamt guten Regierungsprogramms konnten wir die Wählerinnen
4 und Wähler nicht von der SPD überzeugen. Wir konnten als Sozialdemokratie nicht
5 vermitteln, warum diejenigen Personen, die jahrelang marktradikalen Politikansät-
6 zen nachgeeifert haben, nun plötzlich eine sozialere, entgegengesetzte Politik ma-
7 chen sollen. Große Teile der Parteiführung haben sich bis heute nicht von den Feh-
8 lern der SPD-Regierungspolitik distanziert, sondern verteidigen noch immer die da-
9 maligen Entscheidungen.

10 Die notwendige Erneuerung der Partei muss auch eine personelle Erneuerung bedeu-
11 ten. Die alten Köpfe können nicht glaubwürdig für einen Neuanfang stehen. Daher
12 muss bis zum Bundesparteitag im November eine intensive innerparteiliche Diskus-
13 sion auch über das künftige Spitzenpersonal geführt werden. Nach dem Parteitag
14 muss die Partei über einen Vorstand verfügen, der auch personell den Neuanfang hin
15 zu einer Politik sozialer Gerechtigkeit glaubwürdig und dauerhaft vertreten kann.

16 Wir müssen ein breites Personal-Tableau aufstellen. Die Position des Parteivorsit-
17 zenden und des Fraktionsvorsitzenden in eine Hand zu geben, wäre aktuell ein Feh-
18 ler.

19 **Organisatorische Erneuerung**

20 In den vergangenen Jahren sind viele Entscheidungen der Partei – inhaltlich und
21 personell - an den Mitgliedern vorbei durchgesetzt worden oder bestehende Ent-
22 scheidungen der Partei, wie etwa der Parteitagsbeschluss gegen die Bahnprivatisie-
23 rung, wurden im Regierungshandeln einfach ignoriert. Die SPD lebt aber immer
24 noch – gerade in Wahlkampfzeiten – von ihren Mitgliedern, die mit vollem Einsatz
25 für ihre Partei kämpfen. Deshalb bedarf es auch einer Diskussion über die organisa-
26 torische Erneuerung der SPD, die zu mehr innerparteilicher Demokratie führen
27 muss. SPD muss ihre Stärke als Mitgliederpartei wiedergewinnen, indem sie die
28 demokratische Beteiligung all ihrer Mitglieder organisiert. Höchste Priorität muss
29 dabei haben, den Parteimitgliedern an der Basis breiteren Raum zur Diskussion und
30 Mitbestimmung zu bieten. Die Beschlüsse des Parteitages sind selbstverständlich
31 bindend!

32 Mit einer solchen Neuaufstellung kann die SPD auch wieder erfolgreich sein und
33 Mehrheiten für ihr Programm der sozialen Gerechtigkeit und Solidarität gewinnen.